

Rede von Ulla Thönnissen beim Wirtschaftsrat (12.12.2016)

NRW hatte im vergangenen Jahr

- ein Wirtschaftswachstum von 0,0 % (in BaWü um 3,1% , im Bund um 1,7%)
- die meisten Staus auf den Straßen und Autobahnen
- die meisten Firmenpleiten
- die höchste Verschuldung (138 Milliarden)
- die höchste Armutsquote
- die höchste Arbeitslosigkeit
- die schlechteste Gründerförderung

NRW landet erstmals in seiner Geschichte beim Wirtschaftswachstum im Ländervergleich auf **dem letzten Platz**. Wäre die Wirtschaft in unserem Bundesland seit 1991 nur im Durchschnitt der westdeutschen Länder gewachsen, hätten wir heute nur $\frac{1}{2}$ soviel Arbeitslose und Steuermehreinnahmen in Land und Kommune von 3 Mrd. Euro. Wir könnten Schulden tilgen, statt immer neue zu machen und wir hätten Spielräume zur Finanzierung von Bildung, Infrastruktur u. a. Ggf. könnte man auch Steuern korrigieren – z. B. Lohn- u. Einkommensteuer insbesondere für kleine und mittlere Einkommen.

Der Bund macht es vor: Wir haben mehr Jobs, weniger Arbeitslose: Über 43,67 Millionen Menschen hatte Mitte 2016 einen Arbeitsplatz. Das sind gut eine halbe Million mehr als vor einem Jahr. Zudem waren im Juli 100.000 Menschen weniger ohne Arbeit als vor einem Jahr.

Der Bundesfinanzminister hat den HH für 2017 und einen Finanzplan bis 2020 beschlossen. Der Bund macht zum 4. Mal in Folge keine neuen Schulden und investiert gleichzeitig massiv in die Zukunft.

Aber zurück zu NRW:

Schuld am Zustand unseres Landes hat grundsätzlich NIE die LR, sondern immer die anderen. Vorzugsweise der Bund in Person von Finanzminister Schäuble. Verantwortung übernehmen, gestalten und umsteuern sieht anders aus.

Dabei müssen die Zahlen , der wirtschaftliche und auch soziale Abstieg der Menschen in NRW doch ein **Weckruf** sein. Ein Weckruf dafür, das Ruder herumzureißen:

NRW braucht: **Eine Zukunfts- und Investitionsoffensive**

- weniger **Regulierungen** und weniger **Bürokratie** für (Industrie, Hochschulen, Handwerk, Mittelstand). Dazu gehört die Abschaffung des **Tariftreue- u. Vergabegesetzes** (S.9 Wüst) genauso wie der **Landesklimaschutzplan** (der bringt für den weltweiten Klimaschutz genau nichts, verschlechtert aber die Standortbedingungen im Vergleich zu anderen Bundesländern für Unternehmen und Unternehmensansiedlungen (auch aus dem Ausland) erheblich. Das gleiche gilt übrigens für das **Landeswassergesetz**, das an vielen Stellen sogar die Anforderungen des Bundes und der EU an den Schutz des Wassers übertrifft).
- **Vertrauen** in Unternehmer und Leistungsträger (damit sie Freiräume haben und ihr Potenzial entfalten können). Beispiel **Hygieneampel**: Die **Hygieneampel** soll ein Transparenzsystem sein, das die Prüfergebnisse amtlicher Lebensmittelkontrollen sichtbar macht. Damit könnten sich Verbraucher über die hygienischen Zustände in Gastronomiebetrieben informieren. Kritikern zufolge setzt eine solche Hygieneampel eine ständige und flächendeckende Überwachung voraus.

Frage: Wer soll die Überwachung leisten? Das Land winkt ab. Konnexität – NEIN DANKE. Das Land bestellt Musik, zahlen muss die Kommune.

Die Hygiene-Ampel der rot-grünen Landesregierung kann die wirtschaftliche Existenz von Metzgereien, Bäckereien und von gastronomischen Betrieben – auch hier in Aachen - gefährden. Das jedenfalls berichten mir Bäcker, Metzger und Gastwirte. Die Ampel führt zu mehr Bürokratie (Dokumentation) und kostet (den Unternehmer) Geld. Die Hygiene-Ampel erzeugt eine Pseudo-Transparenz, die dem Kunden wenig bringt, für Unternehmen aber existenzbedrohend sein kann. Der Kunde möchte wissen, wie es um Sauberkeit und Qualität im jeweiligen Geschäft bestellt ist, in dem er einkaufen möchte. Was er jedoch mit diesem Barometer erfährt, geht darüber hinaus. Viele der 32 Prüfkriterien beziehen sich auf Dokumentationspflicht der Betriebe und die Zuverlässigkeit des Lebensmittelunternehmers. Wenn für einen Schädlingsbefall, z. B. durch Mäuse max. 3 Mängelpunkte vergeben werden,

und eine ungenaue Dokumentation bei einem schädlingsfreien Betrieb zu 2 Mängelpunkten führt, steht das in keinem Verhältnis und hilft auch keinem Kunden weiter.

Und nebenbei bemerkt: Um sich diesen ganzen Kram auszudenken, braucht es natürlich Beamte in Ministerien. Rot-grün hat in der letzten Legislatur 567!!!! Neue Stellen geschaffen (unter schwarz-gelb waren es 32).

- **Senkung der Steuern:** NRW ist zum Hochsteuerland geworden (durchschnittl. Gewerbesteuerhebesatz liegt bei 442 Pkt. und ist der höchste bundesweit – der liegt bei 357 Pkt)
- **Investitionen** - in leistungsfähiges Verkehrssystem, (*Planungsversäumnisse*)

Beispiel: 2015 gab es in NRW 322.663 Staukilometer. Das ist so lang, als würde man 8 mal um die Erde fahren. Und ein Stau kostet Zeit. Ziemlich genau 104.933 Std standen Autofahrer auf unseren Straßen im Stau. Das sind fast 12 Jahre. Viele Brücken sind marode. Die zwangsweise Sperrung der A1 bei Leverkusen sorgt für jede Menge Ärger und Kosten, natürlich auch bei Unternehmen.

„ES KANN nicht sein, dass der Bundesverkehrsminister Milliarden bereit stellt und das Geld nicht zu uns nach NRW kommt, weil man keine Pläne hat und das Geld nicht abrufen kann. – So kommen wir nie von Platz 16 runter!

- **Investitionen** in moderne digitale Infrastruktur (zu wenig Ausbaudynamik im Ländl)

In der Fabrik von morgen werden Menschen mit Maschinen kommunizieren und Maschinen mit Zulieferern oder Lieferanten vernetzt sein. So werden völlig neue Geschäftsmodelle möglich, die Wohlstand u. Wachstum sichern. Voraussetzung hierfür sind leistungsfähige Breitbandnetze. Viel zu wenige Betriebe (gerade im ländlichen Raum) sind nicht an die schnelle Datenautobahn angeschlossen. Hier muss schnell das Geld, das der Bund den Ländern über ein Förderprogramm in Höhe von 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, sinnvoll eingesetzt werden.

NRW braucht:

- **LEP, ökologische UND ökonomische Prioritäten** setzt (es kann nicht sein, dass im LEP, der in der nächsten Plenarsitzung beschlossen werden soll, und der die Flächenentwicklung für die nächsten 10-15 Jahre festlegt, erneut **wirtschaftliches Wachstum verhindert** wird.

Um hierzu ein Beispiel zu geben: Seit 2010 sind der Wirtschaft in NRW 3.798 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren gegangen. Das entspricht der aufaddierten Fläche von 9 Chemieparks, auf denen 90.000 Menschen arbeiten. Nur mal, als Größenordnung. Soviel Fläche hat die LR der Wirtschaft für die zukünftige Entwicklung ohne Ausgleich weggenommen.

Frage: Kann sich ein Land mit NULL Wachstum das leisten?

Und nebenbei: Das trifft auch Unternehmen oder ansiedlungswille Firmen in Aachen, denen wir hier u. U. keine Flächen anbieten können.

Kleiner Trost: Dafür haben wir aber jetzt wesentlich **mehr Moor, Wald, Heide** in NRW und außerdem ist der **Wolf** zurück.

Was NRW noch braucht, ist in unserer **Universitätsstadt Aachen** natürlich von besonderer Bedeutung:

Bildung, Bildung, Bildung in jeder Hinsicht und das **Hochschulfreiheitsgesetz** zurück. Die LR hat das Hochschulfreiheitsgesetz durch das sog. Hochschulzukunftsgesetz ausgetauscht. Es schafft die Hochschulfreiheit ab und – so beklagen es die Hochschulverbände – ermöglicht damit, dass die LR massive Eingriffsmöglichkeiten in die tägliche Arbeit der Hochschulen hat und Forschung politisch steuern kann (Zivilklausel). Um aber auch den Wissenschaftsstandort NRW zu stärken und vor allem Kooperationen zwischen Wirtschaft und Uni zu ermöglichen, brauchen die Hochschulen ihre Unabhängigkeit zurück. Wenn sie für alles und jedes die Zustimmung der LR benötigen, führt das zu mehr Bürokratie und zu wesentlich verlängerten Entscheidungsprozessen.

Insgesamt muss (Stichwort Fachkräftemangel) in junge Köpfe investiert werden. Dazu gehört eine moderne Ausstattung der Schulen (bitte nicht täuschen lassen durch GuteSchule2020), dazu gehören aber auch gut ausgebildete Lehrkräfte.

Und auch hier können wir in NRW die Schlusslichtfahne hissen:

In keinem Flächenland ist die Bildungsarmut laut Bildungsmonitor 2015 größer als in NRW: Nirgends ist der Anteil erfolgreicher Absolventen von Berufsschulen, Fachoberschulen und Fachschulen so niedrig wie hier. Er liegt nämlich bei 67 % ggü. 80,2% im Bund.

Meine Damen und Herren,

wir dürfen uns mit diesen Befunden nicht abfinden. Wir müssen – auch und gerade als Aachener – aus NRW wieder ein Land machen, das wirtschaftliche Dynamik ausstrahlt. Wir müssen aus NRW ein Land machen, das über ein hervorragendes Bildungssystem sozialen Aufstieg ermöglicht. Und wir müssen aus NRW wieder ein Land machen, in dem jeder sein Leben selbst in die Hand nehmen und sich entfalten kann. Und wenn es uns

1. gelingt, günstige Rahmenbedingungen für Unternehmer zu schaffen, die umtriebiger sind und Verantwortung übernehmen wollen und wenn es uns
2. gelingt, zukunftsichernde Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung junger Menschen, die ihren Platz im Leben finden wollen, zu schaffen,

dann werden wir die soziale Marktwirtschaft in NRW erneuern und unser Bundesland wieder auf die vorderen Plätze im Ländervergleich bringen.